



**kommunalpolitisches
forum
Sachsen-Anhalt e.V.**

Kommunal – Information

01.10.2012



Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank**
- 1.2 Kommunale Finanzen**
- 1.3 Daseinsvorsorge**
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)**
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung**
- 1.6 Verschiedenes**

2. Problemfelder aus Landtag und Land

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de.

Hier folgt eine Auswahl von neu eingestellten Anträgen:

- Antrag zu Verlängerung des Mietkündigungsschutzes
- Anfrage zu arbeitsuchenden MigrantInnen
- Antrag: Kündigungssperrfrist auf sieben Jahre verlängern
- Antrag: Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren zur Arbeitserlaubnis für Geduldete
- Musterantrag Leichte Sprache
- Musterantrag Dispo-Zinsen
- Musteranträge Verwendung von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes
- Anfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket (Mittagessen)

1.2 Kommunale Finanzen

[Übernachtungssteuer teilweise verfassungswidrig](#)

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig [hat am 11. Juli 2012 entschieden](#), dass Gemeinden Steuern nur auf privat veranlasste entgeltliche Übernachtungen erheben dürfen, nicht aber auf solche, die beruflich zwingend erforderlich sind.

[„KfW Blitzbefragung Kommunen“ zur kommunalen Investitionstätigkeit und Kreditnachfrage](#)

Im Rahmen der im 1. Halbjahr 2012 durchgeführten [„Blitzbefragung Kommunen“](#) (Befragungszeitraum: Ende Mai bis Mitte Juni) wurden insgesamt 458 Kommunalfinanzierungsexperten befragt (Rücklaufquote 31 %, absolute Anzahl der Rückläufe: 141). Aktuelles kommunalpolitisches Thema war die energetische Sanierung kommunaler Gebäude und Hemmnisse in der Umsetzung.

[Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums August 2012](#)

Die [Ausgabe August des Monatsberichts](#) des BMF betrachtet die aktualisierte mittelfristige Projektion des Öffentlichen Gesamthaushalts aus Bund, Ländern und Gemeinden.

[Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen](#)

Die [hinterlegte Darstellung](#) enthält Eckdaten zur Entwicklung und zur Struktur der Kommunalfinanzen (ohne Stadtstaaten) in den alten und in den neuen Ländern im Zeitraum 2002 bis 2011.

[Kommunaler Investitionsstau verschärft sich dramatisch – knapp die Hälfte der Landkreise defizitär](#)

Der Deutsche Landkreistag hat im Rahmen seines jährlichen Berichts zur finanziellen Situation der 295 Landkreise vor dramatisch zurückgehenden öffentlichen Investitionen im kommunalen Bereich gewarnt. [Hier mehr dazu lesen.](#)

1.3 Daseinsvorsorge

[Wasser ist Menschenrecht – Europäische Bürgerinitiative](#)

Mit dem Europäischen Bürgerbegehren eröffnet sich eine neue Möglichkeit zur Beteiligung und Einflussnahme auf die Politik Europas. Daher hat ver.di [die Europäische Bürgerinitiative](#) "Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht" zusammen mit anderen europäischen Gewerkschaften und vielen Unterstützerorganisationen gestartet.

[Bremen: Zwang zum Volksentscheid bei Privatisierungen](#)

Die Freie Hansestadt Bremen scheint derzeit das Bundesland, in dem am intensivsten über einen Ausbau direktdemokratischer Instrumente debattiert wird. [Mehr dazu bei heise.de.](#) Ohne Volksentscheid darf der Bremer Senat künftig keine Unternehmen mehr verkaufen [berichtet die taz.](#)

[Volksbegehren "Neue Energie für Berlin" nimmt erste Hürde](#)

Seit Ende 2010 macht sich [Berliner Energietisch](#) für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung in Berlin stark. Im März dieses Jahres startete er ein Volksbegehren. Nun übergab der Energietisch 36.089 Unterschriften an den Senat und meisterte somit die erste Stufe.

[VKU-Umfrage zu Breitbandaktivitäten](#)

Kommunale Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zum Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze. Das zeigt [eine repräsentative Umfrage](#) des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), an der 251 Mitgliedsunternehmen teilgenommen haben. Die befragten Unternehmen investieren jährlich über 100 Millionen Euro in den Breitbandausbau und verlegen in den nächsten Jahren 25.000 Kilometer Glasfaserkabel.

[Rettungsdienst: kommunale Lösung wird bevorzugt](#)

Der Landkreis Teltow-Fläming wird zum Jahreswechsel den Rettungsdienst in Eigenregie betreiben, weil die jetzige Form nicht den neuen gesetzlichen Vorschriften entspricht. Deshalb hat der Kreis bereits die Verträge mit den Rettungsdienst-Organisationen ASB, DRK und Johannitern gekündigt. Deren Mitarbeiter sollen nun von einer Eigengesellschaft Rettungsdienst GmbH übernommen werden. [Die Märkische Allgemeine berichtet.](#)

[Weiter Spielraum der Gemeinden bei Konzessionsvergaben](#)

Vom Verwaltungsgericht Oldenburg kommt [ein neues Urteil](#) zur Konzessionsvergabe. Die Vorschriften des Energie- und Kartellrechtes seien vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund der Selbstverwaltungsgarantie auszulegen. Entscheide sich eine Gemeinde für die Aufgabenerfüllung in eigener Regie - und sei es auch nur wie hier in Form eines Beteiligungsmodells -, so komme ihr bei der Festlegung der Auswahlkriterien und der Bewertung der Angebote ein weiterer Gestaltungs-, Beurteilungs- und Entscheidungsspielraum zu. Dieser Spielraum sei kommunalaufsichtsrechtlich und gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbar; seine Grenzen hätten die Gemeinden hier nach vorläufiger Bewertung nicht überschritten.

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

[Ratsmitglieder in NRW können für ihre Tätigkeit vom Arbeitgeber frei bekommen](#)

Mit großer Mehrheit hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen das "Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes" verabschiedet. Damit verbessern sich die Rahmenbedingungen zur Wahrnehmung eines kommunalpolitischen Mandats. Die Arbeit der KommunalpolitikerInnen immer anspruchsvoller wird, soll damit Rechnung getragen werden.

So werde beispielsweise zur Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen ein Urlaubsanspruch des Mandatsträgers von acht Arbeitstagen in jeder Wahlperiode eingeführt. Zudem werde klargestellt, dass auch bei einer Entsendung von Vertretern durch den Rat in Organe und Gremien von juristischen Personen und Vereinigungen des privaten oder öffentlichen Rechts der entsandte Vertreter "auf Veranlassung des Rates" handelt und somit von der Arbeit freizustellen sei. (Deutscher Kommunal-Informationsdienst)

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

[Antrag der LINKEN zur Verlängerung des Kündigungsschutz angenommen](#)

Obwohl sie die kleinste Fraktion ist, hat die LINKE in der Neuköllner BVV einen wichtigen Erfolg für die Mieterinnen und Mieter im Bezirk errungen. Ihr Antrag, den Kündigungsschutz auf sieben Jahre bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verlängern, wurde schon im Stadtplanungsausschuss von allen Fraktionen mit minimalen Änderungen angenommen und wurde im August in der BVV im Konsens aller Parteien beschlossen. Hier geht es zu [einem Bericht der Bezirksverordnetenversammlung](#) und hier [zu dem Antrag](#).

[Mietsteigerungen führen zu Verdrängung von Armen](#)

Der [Deutsche Mieterbund](#) schlägt Alarm: Angesichts drastisch gestiegener Mieten in Ballungsräumen und Großstädten versuchten immer mehr Vermieter, Altmieten mit zu niedrigen Mieten zu vertreiben, um ihre Wohnungen danach deutlich teurer neu zu vermieten oder als Eigentumswohnungen gewinnbringend zu verkaufen.

[Grundstückspreise](#)

In müssen in Magdeburg Bauherren für ein Grundstück tief in die Tasche greifen. Dort kostete 2011 ein Quadratmeter baureifes Land im Schnitt 76,18 Euro, wie das Statistische Landesamt in dieser Woche in Halle mitteilte. In Halle mussten dafür 72,90 Euro und in Dessau 42,73 Euro bezahlt werden. In den Landkreisen war der Quadratmeter baureifes Land am teuersten im Landkreis Harz mit 38,56 Euro und am günstigsten im Landkreis Mansfeld-Südharz mit 14,77 Euro. Im Landesdurchschnitt wurde ein Kaufwert von 29,56 Euro je Quadratmeter ermittelt. [mehr>>](#)

1.6 Verschiedenes

[Sieger im Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" geehrt](#)

Die Dörfer Steutz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) und Tylsen (Altmarkkreis Salzwedel) werden Sachsen-Anhalt bei dem im nächsten Jahr stattfindenden Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

vertreten. Die beiden Orte gingen als Beste des diesjährigen Landeswettbewerbs hervor. Landwirtschafts- und Umweltminister Dr. Hermann Onko Aeikens überreichte dazu beim „2. Tag des ländlichen Raums“ in Querfurt die Urkunden an die Sieger und weitere 15 Gemeinden. Aeikens: „Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, attraktive Rahmenbedingungen für unsere ländlichen Regionen zu schaffen.“ [mehr>>](#)

Anklage im Müllskandal von Möckern erhoben

Die Staatsanwaltschaft Stendal geht gegen die Verantwortlichen des Müllskandals in der Tongrube Möckern im Landkreis Jerichower Land vor. Sie hat ihre Ermittlungen abgeschlossen und Anklage gegen sechs Verantwortliche erhoben. Die Anklagebehörde sprach am Dienstag davon, dass von Juni 2005 bis zum Abschluss der Verfüllung der Grube im Mai 2006 fast 170.000 Tonnen illegale Abfälle dort entsorgt worden sind. Die Ermittlungen zum Tontagebau Vehlitz dauerten hingegen noch an.

Wegen des hohen organischen Anteils und der Zusammensetzung der Abfälle hätten sich Deponiegase und Sickerwasser in erheblichen Mengen in der Tongrube gebildet. Zur Beseitigung von Gefahren durch die illegale Ablagerung seien bislang 3,7 Millionen Euro ausgegeben worden. Von den Betreibern des Tontagebaus Möckern sei damit auch eine Abfallentsorgungsanlage betrieben worden, für die keine Genehmigung vorgelegen habe, teilte die Staatsanwaltschaft weiter mit. Ob und wann es zu einem Prozess kommt, war zunächst noch offen.

2. Problemfelder aus Landtag und Land

► Swen Knöchel zum Entwurf eines Gesetzes zur Ablösung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze

Was soll die Opposition zur Regierung sagen, wenn diese ihr folgt? Ich denke, Sie haben den Gesetzentwurf gelobt, und ich würde mich jetzt auf die Punkte konzentrieren, die nicht ganz so gut gelaufen sind oder bei denen wir Verbesserungsbedarf sehen. „Folgen“ ist ein wenig zu viel gesagt, aber der Rückblick auf die Debatte im letzten Jahr zeigt... **MEHR...**

► Dr. Angelika Klein zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2012/2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012/2013)

Uns liegt heute ein Nachtragshaushalt vor, der vor allem von einem kündigt, nämlich von Aufwuchs und nicht vom Sparen. Sowohl für 2012 wie auch für 2013 will die Landesregierung und damit die Koalition mehr ausgeben. Davon ist manches durchaus zu begrüßen wie z. B. der Aufwuchs bei den Kommunal финанzen und für Forschung und Innovation, anderes aber... **MEHR...**

► Frank Hoffmann zur Umsetzung des Radverkehrsplans Sachsen-Anhalt

Mobilität ist ein Grundrecht. Ohne Mobilität ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kaum - eigentlich gar nicht - möglich. DIE LINKE geht davon aus, dass der Radverkehr Mobilität ermöglicht, und das weitgehend unabhängig vom Einkommen und vom Alter. Er ist gesundheitsfördernd, kostengünstig, umweltfreundlich, leise und beansprucht wenig Fläche.... **MEHR...**

► Sabine Dirlich zur drohenden Altersarmut in Sachsen-Anhalt

Wie ist die Faktenlage? Zunächst will ich eine Binsenwahrheit wiederholen: Der Anteil der Personen über 65 Jahre steigt kontinuierlich an, 1990 bei 14,1 %, 2008 bei 23,7 %, für 2025 sind 31,2 % prognostiziert. Die Armutsgefährdungsquote in Sachsen-Anhalt liegt aktuell bei 21,8 %, damit liegt Sachsen-Anhalt an vierter Stelle unter den am meisten... **MEHR...**

► André Lüderitz zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasserrechtliche Vorschriften

Das vorliegende Dreier-Paket von wasser- und abwasserrechtlichen Regelungen hat seine Vorgeschichte in der letzten Legislatur. Ich möchte daran erinnern, dass auf Antrag meiner Fraktion eine Befristung der damaligen Wassergesetzesnovelle zum 31.03.2013 einmütig beschlossen wurde, dieser Beschluss war keinesfalls so einfach aus der Luft gegriffen,... **MEHR...**

3. Veranstaltungen

► **13./14.10.2012 „Kommunalpolitisches Wochenendseminar“ Jugendherberge Naumburg**

► **18. Oktober 2012 „Auf dem Weg zu einer guten Schulverpflegung“ Berlin**

► **20. Oktober 2012 „Wohnungspolitisches Treffen“ im Landtag von Sachsen-Anhalt**

► **03./04.11. 2012 „Starker Osten – schwacher Westen – Kommunen am Ende?“**

4. Veröffentlichungen

Verfassung erlaubt Vermögensabgabe

Die Kosten von Finanzkrise oder Energiewende über Massensteuern zu decken, wäre gefährlich für die Konjunktur. Eine einmalige Vermögensabgabe hingegen nicht. Das Grundgesetz würde eine solche Abgabe laut einem Rechtsgutachten erlauben. [Die Böckler-Stiftung hat dazu einen Text veröffentlicht.](#)

Andrea Wagner

Klimaschutz & Unternehmen. Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens.

"Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz" beim Deutschen Institut für Urbanistik , 2012

Viele Kommunen richten ihre Klimaschutzanstrengungen auf kommunaleigene Unternehmen, aber auch andere ansässige Unternehmen stellen eine wichtige Zielgruppe dar.

Welche Möglichkeiten Kommunen zur Verfügung stehen und welche Ansätze bereits erfolgreich durchgeführt werden, um ansässige Unternehmen zum nachhaltigen Wirtschaften zu animieren, sie zu unterstützen und so den kommunalen Klimaschutz weiter voranzubringen, ist Gegenstand dieses Themenheftes. Autoren aus Heidelberg, Bottrop, München, der Region Hannover, Erfurt und Eschwege beschreiben, welche Ansätze von verschiedenen städtischen Akteuren verfolgt werden. [Klimaschutz & Unternehmen. Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens.](#)

„Städtetag aktuell“

Aus dem Inhalt: Mietsteigerungen belasten Geringverdiener; Kabinettsbeschluss zur Grundsicherung im Alter; Bessere Leistungen für Asylbewerber sind gerechtfertigt – deutlicher Kostenanstieg für Kommunen zu erwarten; Ude: "Tagesmütter und Tagesväter sind unentbehrlich für die Betreuung von Kleinkindern"; Wohnungsvorsorge als kommunale Aufgabe. Die [aktuelle Ausgabe kann hier heruntergeladen werden.](#)

5. Kontakte

Gerald Grünert

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.
Kommunalpolitischer Sprecher Fraktion „DIE.LINKE“ - im Landtag von Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 560 50 06
Fax: (03 91) 560 50 20
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Siegfried Walter

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 7 34 82 00
Fax: (03 91) 7 34 81 67
Geschäftsstelle:
Walther-Rathenau-Straße 57
39104 Magdeburg
Mail: kf-lsa@t-online.de